

Diese Zeitung erscheint
mit Wochenschriften.
Der Abonnementkosten
der Post betragen 1,20 Mk.
Eingetragen in die
Postzeitungskarte Nr. 6483.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postleitzahl: Nr. 258 18 Postdirektion Hannover.

Verlag von A. Grotz.
Druck von A. G. Müller & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.
Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistr. 7 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 8002.

Ausgabepreis:
50 Pf. für die 3 geplatte
Zeitung.

Geschäftsangelegenheiten werden
nicht angenommen.

Was ist Fließarbeit?

Kurz nach dem Kriege mußte man in Deutschland die Erfahrung machen, daß Amerika während des Krieges Arbeitsmethoden entwickelte, die den deutschen Arbeitsmethoden bei weitem überlegen waren. Sofort wurden deutsche Ingenieure und deutsche Techniker zum Studium dieser anderen Arbeitsmethoden nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika entsandt. Sie kamen zurück und berichteten staunend von der fließenden Fertigung von Ketten- und Bandarbeit und den ungeheuren Erfolgen, die amerikanische Firmen, z. B. Ford und Studebaker, damit erreicht hatten. Man machte sich an eine nähere Untersuchung des neuen Arbeitsverfahrens: das Buch Karl Rötgens gab die erste Analyse desselben und eine Anleitung für das deutsche Unternehmertum, die Grundsätze der Fließarbeit auf die deutsche Fertigung anzuwenden. Zugleich lebten in der deutschen Wirtschaft selbst praktische Versuche ein. Heute — und das Buch des Ausschusses für Fließarbeit bestätigt das — muß festgestellt werden: deutsche Wissenschaft und Technik haben sich mit der Fließarbeit auszutauschen verstanden; sie haben erreicht, die Grundsätze der Fließarbeit den deutschen Verhältnissen anzupassen, ohne daß man sagen kann, die mit der Fließarbeit aufgeworfenen Probleme seien restlos gelöst.

Die Fließarbeit stellt sich in ihrer Ausweitung in einer Zusammenfügung der einzelnen Fertigungszeiten und in einer Verdichtung der gesamten Produktionszeit dar. Das bedeutet Ersparnis an Löhnen und Kosten; weiter wird dadurch, selbstverständlich bei Ersparnis von Zinsen usw., Kapital frei gemacht, das nun in der Lage ist, irgendeinen Fertigungsprojekt in der Wirtschaft an irgendeinem anderen Orte zu befürworten. Henry Ford stellt täglich 10 000 Autos her. Die Produktionszeit beträgt in den Fordwerken für einen Wagen zwei Tage. Die Selbstkosten pro Wagen stellen sich auf 1200 Mk. Gebunden werden durch diesen Projeck also $10\,000 \times 1200 \times 2 = 24\,000\,000$ Mk. Würde bei einer Tagesleistung von 10 000 Automobilen, pro Wagen 1200 Mk. Selbstkosten, so lange an jedem Wagen gearbeitet, wie es bei uns noch an manchen Orten üblich ist, sagen wir 150 Tage lang, so müßten beständig $10\,000 \times 1200 \times 150 = 1\,800\,000\,000$ Mark durch den Betrieb fließen. Betriebsmittel und Fertigungsdauer steigen und fallen im gleichen Verhältnis. In dem genannten Buch wird von einem deutschen Betrieb mitgeteilt, daß dort ursprünglich vier Monate vom Beginn der Arbeit an bis zur endgültigen Fertigstellung des Wagens vergingen und daß es heute nur noch drei Wochen sind und in absehbarer Zeit nur noch zwei Wochen sein werden. Die Lufttrocknung von Seife im Block dauert 10 Tage; die künstliche Trocknung im Stück aber nur wenige Minuten. Bei 100 000 Mark Tageserzeugung liegen 1 000 000 Mk. für Seife dauernd im Trockenturm, die bei künstlicher Trocknung gespart werden. 1 000 000 Mk. sind in Deutschland aber mit 120 000 Mk. zu verzinsen.

Die deutschen Arbeiter und die deutschen Gewerkschaften haben keinerlei Ursache, der Einführung der Fließarbeit Widerstand entgegenzusetzen. Sie sind es gewesen, die seit langem die Steigerung der Erträge eines Betriebes, die Steigerung der Rentabilität durch technische Umstellung gefordert haben. Sie wissen am besten, daß die Frage um die Lohnhöhe und der Kampf um den Arbeitsplatz nur auf Grund einer sich vergrößernden Rentabilität des Einzelbetriebes und der Gesamtwirtschaft gelöst und entschieden werden kann. In diesem Sinne sehen sie in der Fließarbeit die technische Verbesserung unserer Arbeitsmethoden und die Auswirkung gewisser Wirtschaftsnötwendigkeiten. Nur wird die Fließarbeit ohne Zweifel ungeahnte Produktivkräfte auslösen. Diese Tatsache ist dasjenige, was die Einführung der Fließarbeit rechtfertigt. Die zu produzierende Ware und die Möglichkeit und der Zwang, sie möglichst schnell fertigzustellen, ordnet die Herstellung der für die Produktion benötigten Maschinen an. Neben dem Aufgangschwingschrank kommt die Drehbank, neben der Drehbank der Schmelzofen und neben dem Schmelzofen die Spezialmaschine oder der Automat zu stehen. Das Werkzeug ist in ständiger Bewegung, wird durch Förderbänder im gleichen durch die Leistungsfähigkeit der Maschine angegebenen Tempo von Arbeitsstelle zu Arbeitsstelle getragen und womöglich auf dem sich in Bewegung befindenden Band, dem fließenden Band, bearbeitet. An Stelle der Einzelmaschine in der alten traditionellen Werkstatt tritt die Maschinengruppe. In diese Maschinengruppe, die tote Materie, wird die lebendige menschliche Arbeitskraft eingesetzt, die im selben Tempo zu arbeiten hat, wie die Maschine steht, dreht oder bohrt oder indem das Förderband ihr das Werkzeug zuführt oder an ihr mit dem zu bearbeitenden Arbeitsstück vorbeigleitet. Es handelt sich im Grunde genommen um die Erzwingung von Höchstleistungen während der Dauer der ganzen Arbeitszeit. Hier wird die gewerbliche Initiative einschalten müssen. Das wird um so mehr der Fall sein, da die Versuchung für den Unternehmer nahe-

liegt, durch Überspannung des Tempos die Grundsätze der Fließarbeit, der vernünftigen Erweiterung unserer produktiven Kräfte, zum Ausgangspunkt einer unerhöhten Ausbeutung zu machen. Die Fließarbeit wird in der deutschen Wirtschaft den Anstoß zu einer neuen Konzentration geben. Das Unternehmertum, durch ausfallende Betriebe in größter Zahl an und für sich verringert, wird sich konsolidieren. Es wird ein gesättigter Kapitalismus in Deutschland auf Grund der neuen Arbeitsmethoden entstehen. Notwendig ist, daß die Arbeiterschaft dieser neuen Macht gekräfteigte Organisationen entgegne setzt.

Das Londoner Arbeitszeitabkommen.

Das Übereinkommen, das auf der Londoner Konferenz der Arbeitsminister geschlossen wurde, lautet in seinen wichtigsten Bestimmungen:

Artikel 1.

Das Übereinkommen ist auf alle gewerblichen Betriebe anzuwenden, gleichviel wie groß die Zahl der beschäftigten Personen ist, ausgenommen die in Artikel 2 bezeichneten Familienbetriebe.

Der Dienst der Post, der Telegraphie und der Telefonie im

Eisenbahnen.

Die Eisenbahnen fallen unter das Übereinkommen. Soweit Artikel 5 und Artikel 6a für die Bedürfnisse der Eisenbahnen nicht genügen, können die notwendigen Überhundenden nach Artikel 6b zugelassen werden.

Eisenbahnen.

Die Eisenbahnen fallen unter das Übereinkommen. Soweit Artikel 5 und Artikel 6a für die Bedürfnisse der Eisenbahnen nicht genügen, können die notwendigen Überhundenden nach Artikel 6b zugelassen werden.

Nachholung ausfallener Arbeitszeit.

Wenn Staaten die Nachholung der infolge von Feiertagen ausfallenen Arbeitszeit über 48 Stunden wöchentlich hinaus gestatten, so fällt diese Arbeitszeit unter die durch Artikel 6 vorgeschriebene Höchstzahl von Überstunden und muß dafür der in diesem Artikel vorgeschriebene Überhundenzuschlag geahnt werden. Ausgenommen ist die Nachholung allgemeiner nationaler Feiertage und bezahlten Urlaub.

Artikel 14.

1. Es besteht Einverständnis darüber, daß § 1 — Regelung den Artikel 14 in seinem Wortlaut in die Landesregelung aufnimmt.

2. Ferner ist man darüber eingetigt (von Seiten des Vertreters Großbritanniens nur vorläufig), daß von Artikel 14 nur im Falle einer Krise Gebrauch gemacht werden darf, die die nationale Wirtschaft so stark trifft, daß die Lebensmöglichkeiten der Bevölkerung bedroht sind. Dogmatisch kann eine Wirtschafts- oder Handelskrise, die nur einzelne Wirtschaftszweige betrifft, nicht als eine Gefährdung der Staatsicherheit angesehen werden und daher die Auflösung der staatlichen Gewalt nicht rechtfertigen.

Bericht des Gaues 12 über das Jahr 1925.

Der Jahresbericht ergibt eine Zunahme von 375 Mitgliedern. Bei der Belegschaftszahl hat sich die Kopfquote um 10,8 erhöht. Der Mehrumsatz der Betriebe gegenüber dem Vorjahr beträgt 67 590 Stück. Ebenso ist eine Steigerung der Neuaunahmen zu verzeichnen. Davor hat die Zahnstelle Mannheim den Löwenanteil. Die Liquidation des Industrieverbandes trat im September ein. Einem wesentlichen Mitgliederzuwachs durch die Liquidation hat unsere Organisation nicht erhalten. Das Zusammendaruntergeordneten der Arbeiterschaften ist gelungen, aber das Wiederzusammenbringen nicht. Das eingetretene Obst des Wirtschaftsraums liegt zu tief und hat die Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit innerhalb der Arbeiterschaft wesentlich gefördert. Es wird einer Reihe von Jahren bedürfen, um wieder zu erreichen, was durch den Industrieverband, durch seine Führer und seine Berater innerhalb der Arbeiterschaft erfolgt ist. Die KPD sagt, die Liquidierung des Industrieverbandes sei ein Meilenstein in der Entwicklungsbewegung. Ja und was für einer.

Im Jahr 1925 fiel das Heer der Entwaffneten in allen Industrien und Betrieben.

Der Arbeitsmarkt im Saargebiet war infolge der die Wirtschaftsindustrie begünstigenden Entwicklung, von wenigen Ausnahmen abgesehen, zufriedenstellend.

Die Bauarbeiteranspruchswelle machte sich auch im Saargebiet bemerkbar, die Auswirkung derselben trat aber erst im Dezember ein. Mehr als 4 Prozent der Arbeiterschaft waren zu keiner Zeit des Jahres erwerbstätig.

Der Geschäftsjahrgang in der chemischen Industrie war nicht befriedigend. Geschäftsausfuhr, Konkurse, Kurzarbeit, Betriebsstilllegungen und Arbeiterschlafungen waren die Folgen.

Die Gummi- und Zelloid-Industrie Mannheim war bis zum letzten Vierteljahr zum Teil gut beschäftigt, dann trat Kurzarbeit und Entlassungen und Stilllegungen ein.

In der Papier-Industrie war es nicht viel besser.

In der Zucker-Industrie war der Geschäftsjahrgang allgemein schlecht. Die Konservenfabrik in Odinstadt wurde stillgelegt. Die Konserven-, die Margarine- und die Öl-Industrie in Mannheim kommen nur als Saisonbetriebe in Betracht. Neben zeitweiliger Kurzarbeit wurden umfangreiche Entlassungen vorgenommen.

Die Ziegelpartie wurde infolge der Bauarbeiteranspruchswelle recht frühzeitig beendet und der größte Teil der Arbeiterschaft zur Entlassung gebracht. Unter der Bauarbeiteranspruchswelle litten ganz besonders auch die Kalk-, Gips-, Zementwaren- und Zement-Industrie. Die Kalk-Industrie im Saargebiet ist im wesentlichen Lieferant der Eisenhütten und Stahlwerke und war voll beschäftigt.

Die Lohnbewegungen im Jahre 1925 waren nicht so zahlreich wie 1924. Die Preisabschlagsparole der Regierung hatte die Arbeitgeber zum Widerstand gereizt. Daß diese Preisabschlagsparole aber nur ein Bluff war, mußten auch zuletzt die Arbeitgeber zugeben, und es erfolgte die Parole der Arbeitgeber: „Stabilisierung der Löhne“. Unter dieser Parole verstanden die Unternehmer allerdings Lohnabzüge.

In der chemischen Industrie konnte bei keiner Verhandlung im Bezirk eine Verständigung erzielt werden. Das Hauptkantamt Berlin, mußte stets die Entscheidung treffen. Ende 1924 betrug der Standardlohn in der Ortsklasse I für den 21jährigen Fabrikarbeiter 56 Pf. Nach einem Schiedsspruch des Hauptkantamts vom 13. Januar wurde dieser auf 60 Pf. erhöht. Durch Schiedsspruch des Hauptkantamts vom 2. März 1925 wurde die prozentuale Absenkung von Ortsklasse zu Ortsklasse neu geregelt; trotzdem waren aber die vorhandenen Unzulänglichkeiten nicht erledigt. Laut Schiedsspruch des Hauptkantamts wurde der Spesenlohn für den 21jährigen Fabrikarbeiter vom 28. April auf 65 Pf. und vom 14. Dezember auf 67 Pf. festgelegt. Die letzte Erhöhung konnte erst nach dem Kampf im Frankfurter Bezirk erreicht werden.

In der Siefen-Industrie wurden drei Lohnbewegungen eingeleitet. Die erste Bewegung konnte mit einer Erhöhung von 5 Pf. von 60 auf 65 Pf. die zweite mit einer Erhöhung von 65 auf 71 Pf. im bezirklichen Schlüsselungsabschluß erledigt werden, während die 3. Lohnbewegung noch nach Aufruf des Hauptkantamts keinen Erfolg brachte.

Für die badisch-pfälzischen Lampenfabriken fanden drei Lohnbewegungen statt. Der Lohn betrug am 31. Dezember 1924 56 Pf. vom 26. Januar 1925 an 58 Pf. vom 27. April an 65 Pf. und vom 26. Juli an 70 Pf. Die im September eingeleitete Lohnbewegung kam nicht mehr zur Erledigung.

Bezirksvereinbarungen für die Öl- und die Zuck-Industrie kommen nicht zu stande. Die Löhne wurden durch die Zollstellen vereinbart.

Bei Beginn des Jahres 1925 betrug der Lohn der pfälzischen Papier-Industrie, Gruppe 5 (Hofarbeiter), 47 Pf. Also waren die pfälzischen Löhne in Deutschland mit die schlechtesten. Die drei

zahle

Ich reich gern, weiß ich doch, wozu er verwendet wird. Was sollen denn diese armen Teufel von arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen machen, wenn sie arbeitslos und ohne Verbandsunterstützung sind? Die Scharfmacher würden sich freuen, wenn die Arbeiterschaft in ihren Organisationen

feinen

gentigenden finanziellen Rückhalt mehr hätten. Diese Freunde wollen mir den Herren oben verderben. Deshalb zahlen wir unseren

Entarbeitrag.

Wir wollen nicht, daß unsern Arbeitslosen und Kämpfenden auch nur das geringste an ihrer Unterstützung gekürzt wird und ich freue mich, daß meine Frau der gleichen Meinung ist.

Artikel 6 (a).

Der Ausdruck Arbeiterschaft darf nicht zu weit ausgedehnt werden. Er findet nur Anwendung auf Pächter, Wächter, Feuerwehrleute und andere Arbeitnehmer, deren Arbeit nicht der Erzeugung im engeren Sinne dient und deren Belohnung ihrer Art nach lange Zeitschritte umfaßt, in denen von den Arbeitern weder eine wirkliche Arbeit noch eine angestrengte Arbeitserfüllung verlangt wird, sondern während deren sie an ihrem Platz verbleiben müssen, um im Bedarfsfalle eingreifen zu können.

Artikel 6 (b).

Es gehört zur Zuständigkeit der Gesetzgebung jedes Landes, für die nach Art. 6b zu leistenden Überhundenden eine Höchstzahl festzulegen.

Die Verpflichtung, die das Übereinkommen zur Lastung eines Lohnzuschlags auspricht, bezieht sich lediglich auf die im Art. 6b vorgesehenen Ergänzungsfällen.

Der Mindestbetrag für den Lohnzuschlag von 25 Prozent, der im Artikel 6 vorgesehen ist, wird zwingend vorgeschrieben.

Woche vor fünf Tagen.

Um die Arbeitszeit in einer Woche auf fünf Tage oder in zwei Wochen auf elf Tage verteilen zu können, ist es zulässig, einen Plan über einen längeren Zeitraum als die Woche in ähnlicher Weise aufzustellen, wie dies im Artikel 5 vorgesehen ist. Dabei wird vorausgesetzt, daß die durchschnittliche Arbeitszeit 48 Stunden in der Woche nicht übersteigt.

Wöchentliche Ruhezeit.

Arbeit über 48 Stunden wöchentlich hinaus, die ihrer Art nach an dem wöchentlichen Ruhezeit notwendig ist, soweit sie nicht unter die Artikel 2a, 3, 4 und 5 des Übereinkommens fällt, ist zu behandeln entweder als Arbeitszeit, die unter die landesrechtlichen Vorschriften über den wöchentlichen Ruhetag fällt oder als Arbeitszeit, die unter die Bestimmungen des Artikels 6 fällt.

* Erschienen ist das Werk im DDI-Verlag, G. m. b. H., Berlin SW 19. Es kostet 15 Mk. und sollte durch jede Gewerkschaftsbibliothek angekauft werden.

Bewegungen, die wir andielten, werden immer mit einem Bedauern des Reichstags. Von Arbeitgeberseite werden Lohnbewegungen jetzt abgeschaut und mit der schlechten Wirtschaftslage und dem verschärften Wohl der politischen Industrie, die als Folge des sozialen Widerstandes bezeichnet wurden, begründet. Am Schluß des Jahres bestand der Lohn der Gruppe 4 (Hofarbeiter) auf 70 Pf. in Ortskasse I.

Bei den Verhandlungen über den Rahmenvertrag für die Regelungen in Baden ging es ziemlich lärmisch zu. Mehrere Verhandlungen waren notwendig, um dem Vertrag eine für uns tragbare Basis zu geben. Es ist gelungen, die Bestimmungen des Vertrages von 1922 im wesentlichen zu halten. Bei der 3. Lohnbewegung im Juni war es möglich, die Löhne nochmals zu erhöhen. Im Januar war der Lohn der Ortskasse I 58 Pf., ab Februar 61 Pf., vom 1. April an 66 Pf. und vom 8. Juni an 74 Pf. Dieser Lohnforscher hatte bis Ende des Jahres Gültigkeit.

Hast zu gleicher Zeit wie in Baden wurde auch der Arbeitsvertrag für die pfälzischen Bergwerke von den Arbeitgebern geschlossen. Die Lohnregelung gestaltete sich hier viel schwieriger als in Baden. Obwohl die Lohnerhöhung und Lohnsätze im April die gleichen waren wie dort, konnten wir doch die im Juni angehängte Lohnbewegung nicht zu Ende föhren. Der Gewerkschaftsrat und die damals benötigte teilweise Streikung einzelner größeren Bergwerke zwangen uns, diese Bewegung zu vertagen. Als wir dann im September erneut an die Arbeitgeber herantraten, lehnten sie rücksichtslos alles ab. Der Schlichtungsausschuss fällte einen Schiedsspruch, der eine Erhöhung von 4 Pf. pro Stunde brachte. Die Arbeitgeber lehnten dieses ab und unser Antrag auf Verbundlicherklärung wurde von dem Schiedsgericht für Bayern nicht stattgegeben.

Eine andere Möglichkeit, den Schiedsspruch zur Anerkennung zu bringen, war wegen der vorgeschriebenen Fristzeit nicht mehr gegeben.

In der jüngsten Industrie und der vor dieser präsenten folgenden Langarbeit in Schengen-Hettenschleißheim bestand bis Ende des Jahres 1924 der im Jahre 1921 abgeschlossene Reichsarbeitsvertrag der Industrie Steine und Erdöl, da der Arbeitgeberverband Rhenania die Räumung 1923 zu spät einreichte und dieserzeit nicht mehr anerkannt wurde. Auch hier war es trotz aller Schwierigkeiten möglich, einen tragbaren Vertrag zu schaffen. In der Lohnfrage konnte eine Erhöhung von 47 Pf. auf 50 Pf. erreicht werden. Die letzte Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde vom Dezember 1923 an wurde allerdings nur durch die Verbundlicheklärung des Schiedsspruches möglich.

Schon viele Schwierigkeiten machte uns die Kalk-Industrie. Hier konnten für unseren Raum nur einige Kleinbetriebe in Baden in Betracht. Ein Bezirksobertrag konnte hier noch nie geschaffen werden. Die Arbeitgeber haben hierfür kein Interesse und wollen, daß sie ohne Vertrag besser fahren. Die Arbeitschafft, größtenteils unorganisiert, läßt sich aber auch alles gefallen.

Ahnlich sieht es in der Gips-Industrie aus. Dort kommt ebenfalls nur ein Kleinbetrieb in Frage. Obwohl wir alles versuchen, war es uns hier nicht möglich, bis zum Jahresende einen Vertrag zum Abschluß zu bringen.

Für die Kinoindustrie Martinstorff besteht ein Tarifvertrag, nach welchem die Arbeitsbedingungen geregelt sind. Lohnbewegungen finden drei statt, bei denen der Lohn des Fabrikarbeiters von 51 auf 68 Pf. erhöht werden konnte.

Die Erfolge, welche wir durch die Organisation auf den verschiedenen Gebieten zu verzeichnen haben, können im Jahresbericht nicht alle aufgezählt werden. Sie waren möglich durch die Mitwirkung unserer Funktionäre. Ein gutes Zusammenarbeiten zwischen der Bergleitung, den Zeugställen und Angestellten war bisher immer vorhanden. Der Funktionärsrat im Jahre 1923 weiter anzubauen, auf unsere Aufgabe sein. Dass der Haupt- und der Vorsitzende dazu bereit sind, haben sie im Jahre 1923 innerhalb unseres Verbandes abgeschlossenen Bildungsstunde bespielen. Wenn alle Funktionäre ihren seitlichen Pflichten noch etwas verhindern, so können wir auf einem weiteren befriedigenden Abschluß im kommenden Jahr rechnen. Wer nicht nur die Funktionäre, Angestellte, Betriebsräte, Ortsverantwortungsführer und Vertreteranstalte haben Pflichten zu erfüllen, sondern jedes einzelne Mitglied.

Kollegaten und Kollegen! Las Werk, zur Errichtung eines wissenschaftlichen Tarifes!

Vereinte Kraft Großes Schaffens

F. Schreiber

kommen. Es ist kein Grund vorhanden, den rheinischen Arbeitnehmer zu entlohen als seine Kollegen im übrigen Deutschland. Die rheinischen Arbeiter standen leider Vorförderung in der Entlohnung zurück, und heute stehen sie wieder zurück dank ihrer Interessenlosigkeit gegenüber der gewerkschaftlichen Organisation. Wir verüben, der Organisation im Rheinland die Stellung zu verschaffen, die ihr zusagt. Ist der Vertrag nicht voll und ganz gelungen, so wissen wir aber, daß die kommenden Zeit, wo die Fehler liegen. Der im Dezember vom Hauptverein abgehaltene Bildungsstundentag für unsere Funktionäre kann als eine erfolgversprechende Entwicklung betrachtet werden, auf der im Jahre 1928 weiter gearbeitet werden muß. Unter Wissen über die kulturellen Bedingungen der Arbeiterschicht gewidmet. Das Mittel dazu ist unsere Organisation. Wie wollen im kommenden Jahre unsere ganze Kraft einzehlen, um das Ziel zu erreichen?

Vorworte für den Verband!

G. Wirth.



*Der Kari
hat seine Hand verloren,
Dram habe ich mir zugeschworen,
Das Schutzeblech bleibt stets da,
Dann kommt ich der Gefahr
nicht nah!*

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Schuhzölle für Chemikalien.

Doch die sogenannten Wirtschaftsführer, die sich auch in der chemischen Industrie Deutschlands stark fühlen, eine Lohn- und Zollpolitik zu verfolgen, die ihnen im Augenblick den Geldbeutel füllt, die Wirtschaft selbst aber mit Neulen erledigt, ist hinfällig bekannt und wird durch die gegenwärtige schwere Krise, die Millionen fleißiger Arbeitshände brachte, bestätigt. Ein dem Weltlauf für Schuhzoll hat sich auch die chemische Industrie stark befürchtet. Diese Befürchtung entspringt weniger dem inneren Bedürfnis der Industrie nach Schuhzöllen als vielmehr der Solidarität gegenüber der übrigen deutschen Industrie.

Im Zollauslaß des Reichstages haben die Sozialdemokraten, gestützt auf sachhaftiges Material, den Schuhzoll für Chemikalien abzuwehren versucht. Sie fordern auch eine Unterstützung bei den Demokraten. Im großen und ganzen wurde aber die Zollvorlage, die mit Hilfe der chemischen Industrie zustande gekommen war, abgelehnt. Jetzt läuft sich der dadurch entstandene Schaden schon einigermaßen übersehen, und es erheben sich Stimmen aus dem Lager der Mittel- und Kleinindustrie, wonach die Schädigungen aus dem Schuhzoll durch Preisabschaffung, wie er der verkrusteten chemischen Großindustrie möglich ist, nicht ausgleichen werden können.

Im Vorworte vom 17. Dezember 1925 wurde bereits auf die Unzuträglichkeit der Chemie-Schuhzölle hingewiesen. Bei Ossalsäure und Milchsäure wurde festgestellt, daß der Schuhzoll eine politische Rücksicht darstellt. Für Ossalsäure betrug der Zollschuh 8 Mk. pro Doppelzentner und wurde auf 12 Mk. erhöht. Ossalsäure wird von Färbereien, Druckereien und von der chemischen Industrie selbst als notwendiger Arbeitsstoff verwendet. Einfuhr von Ossalsäure, die mit Hilfe der chemischen Industrie zustande gekommen war, ist jetzt so gut wie nicht. Das Jahr 1923 war gänzlich frei von Einfuhr, im Jahre 1924 wurden 32 Doppelzentner und im Jahre 1925 91 Doppelzentner eingeführt. Es handelt sich bei der Einfuhr zum Teil um Ware, die in Deutschland hergestellt und wieder ausgeführt werden ist. Dagegen hatte Deutschland einen Export an Ossalsäure im Jahre 1912 von 47 000 Doppelzentnern. Im Jahre 1923 belief sich die Einfuhr auf rund 18 000 Doppelzentner, stieg im Jahre 1924 auf rund 30 000 Doppelzentner und erreichte in den neuen Monaten des Jahres 1925 bis zum September eine Höhe von rund 35 000 Doppelzentner. Da kommt einem der Gedanke, daß eine Schuhzollförderung für ein Produkt, modern Deutschland 35 000 Tonnen Einfuhr und nur 91 Tonnen Einfuhr hat, einem klugen Gehirn nicht entspringen sein kann.

Für Milchsäure wurde ein neuer Zoll von 20 Mk. eingeführt. Dabei kommt in Deutschland Milchsäure 46 Mk. pro 100 Kilo, während England nur 8 Mk. fordert. Diese Preiszuführung erlaubt es Deutschland, nach England große Mengen Milchsäure zu liefern. Die Gesamtumsatz von Milchsäure betrug im Jahre 1923: 740 12 Doppelzentner, 1924: 8352 Doppelzentner, 1925 bis September: 12 246 Doppelzentner. Der Export steigt also von Jahr zu Jahr. Nach den angeführten Konkurrenz-ländern England und den Vereinigten Staaten gingen im Jahre 1925 bis September insgesamt rund 300 Doppelzentner, also etwa ein Drittel des ganzen Exportes. Die Einfuhr nach Deutschland betrug im Jahre 1923: 9 Doppelzentner, 1924: 12 Doppelzentner und 1925 bis September: 66 Doppelzentner, fast nur Rückläufe, die in Deutschland weiterverarbeitet wurde. Diese Angaben kennzeichnen die Tollheit des Schuhzolls auf diese Produkte.

Rückdem steht in den eigenen Reihen der chemischen Industrie die Schädlichkeit des Schuhzolls auf Chemikalien erkauft ist und ein Entwicklungsplan für diesen getroffen macht, hat die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Bereichs zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands, die die Wirtschaftskrisse der chemischen Großindustrie zu vertreten hat. Die chemische Industrie, am 6. März d. J. in einer Rietzierung die Chemizelle zu schaffen verabschiedet. Es wurde darauf hingewiesen, daß diese Zolle ja vorwiegend als Handelszoll bei den Handelsverträgen gedacht sind und in einigen Handelsverträgen stark ermäßigt erscheinen, zum Teil gänzlich beseitigt sind. Der Wirtschaftspolitiker, der chemischen Industrie scheint sich gar nicht bewußt zu sein, daß er mit solchen Maßnahmen das Gegenteil von dem bewirkt, was er sich zur Aufgabe gestellt hat. Daraus ändert auch die eingetretene Bevölkerungsänderung nichts, daß die chemische Industrie Deutschlands ohne Schuhzoll nicht auskommen kann, weil das Ausland sich auf solche stützt. Wie immer in Arbeitgeberkreisen wird mit schwerem Gesicht vorgegangen, wenn eine ertragreiche Voffnung von liegender Seite erzielt werden soll. Die Deutsche Bergwerke-Zeitung, das Logobuch der deutschen Schwerindustrie, nimmt in ihrer Ausgabe vom 14. März ebenfalls zu den Chemie-Zellen Stellung. Der Artikel bringt überzeugend zur Klärung der Schuhzölle bei wie der angezeigte Artikel in der "Chemischen Industrie". Unter anderem wird verfestigt, die Einfuhr des Einfuhrzolls auf Paraffin von 10 auf 13 Mk. darum zu rechtfertigen, daß die deutsche Paraffinproduktion erheblich mit höheren Kosten hergestellt wird als die ausländische Paraffinproduktion. Die Paraffin als Nebenprodukt bei der Verarbeitung von Erdöl

kommt. Solche Maßnahmen sind nicht beweisbar. Die deutsche Braunkohle-industrie will in erster Linie eine Rohstoffversorgung erreichen; sie erzeugt also aus Braunkohle Ölgas. Daraus ist Paraffin kein unerwünschtes Produkt. Es gehört aber nicht sehr viel dazu. Paraffin ist auch als Nebenprodukt der Kohleverarbeitung anzusehen. Praktisch liegen die Verhältnisse in der Paraffinindustrie so, daß der deutsche Herzogendekret fast vollständig aus deutschem Paraffin gedeckt wird. Die Kerzenfabriken lebt befinden sich zum großen Teil in den Händen der Paraffinhersteller, also der Riesebischen Montanwerke und der Deutschen Erdöl-Muttergesellschaft. Noch bestehen private Kerzenfabriken und zum Teil kleinzellig und vertraglich an die deutsche Paraffinindustrie gebunden. Die deutsche Paraffinindustrie kommt also als Erzeuger und Verarbeiter in Betracht und hat einen erheblichen Einfluß auf die Gestaltung der Kerzenpreise.

Ebenso wenig beweisbar sind die Angaben der Bergwerkszeitung über die Notwendigkeit des Schuhzolls auf Schwerfaser, Salzsäure, Weinsäure, Weinlakre, Salzpulpa usw. Außerlich ist aber die Bemerkung, daß die Feststellung der Chemikallolle nicht ohne Widerspruch bleibe. Von Handelspolitischen Ausschüssen des Reichstages hatten Sozialdemokraten und Kommunisten zu sämtlichen Produkten grundsätzlich Sollfreiheit beantragt. Ferner wurden von den demokratischen Abgeordneten Dr. Roschig und Mayer (Berlin) nicht weniger als 87 einzelne Anträge auf Sollfreiheit bzw. Ermäßigung eingebracht. Nur in zwei Fällen, wo die chemische Industrie Streitig oder erwidrigt der von der Regierung vorgetragenen Sollsätze beantragt hatte, stimmten die Regierungsparteien zu.

Müste es schon fremd an, wenn die chemische Industrie selbst in zwei Fällen Streitig ist der Regierungsvorlage vorgegangen ist, wo sie doch an der Ausstellung der Vorlage stark mitwirkt, so ist es eine Irreführung, die Haltung Dr. Roschigs vor der Bemerkung abzuwerten, daß er demokratischer Abgeordneter ist.

Dr. Roschig ist ein erfolgreicher Industrieller der chemischen Industrie, der seit Jahrzehnten in Ludwigshafen am Rhein eine Teerdestillation und Karboläufabrik betreibt. Die Art seiner Fabrik bringt es mit sich, daß er internationale Beziehungen pflegt und außerdem ist er ein verdienter Wissenschaftler, der sich als chemischer Forcher internationalen Ruf erworben hat und neben seinem auf der Akademie erworbenen Doktorat durch Verleihung des Ehrendoktorats von verschiedenen Universitäten auf Grund seiner wissenschaftlichen Forschung und seiner technischen Erfolge geehrt wurde. Dr. Roschig ist also Sachkenntnis nicht abzusprechen. Wenn er als Abgeordneter gegen den überspannten Zolltarifentscheid Stellung genommen hat, wird er sicher gute Gründe dafür ins Feld führen können. Aber der Großteil, durch Ausnutzung aller technischen Möglichkeiten die deutsche Wirtschaft zum Erfolge zu bringen, wird von der finanziell verfügbaren chemischen Großindustrie nicht angewendet. Sie glaubt sich bei der Schwerindustrie gut aufgehoben, die mit ihr gemeinsam auf Grund der Vertrustung und Syndikatur mit überseitigen Preisen belastet, um den gewünschten Erfolg der Unternehmungen auch in Zeiten wirtschaftlicher Krise zu sichern. Das wird eben durch Schuhzölle erreicht, weil diese aus dem inneren Markt absperren und im Inland höhere Preise garantieren. Die dadurch entstehende Arbeitslosigkeit drückt weiter auf den Markt, weil die Kaufkraft mehr und mehr eingeschränkt wird. Diese ganz einfache Tatsache wird von den Theoretikern der Unternehmerorganisationen bestritten und in ihr Gegenteil verkehrt. Dass die Regierung der Wirtschaftsmacht gefügt ist und einer Zollpolitik, die der deutschen Wirtschaft unheilvolle Wunden schlägt, Vorschub leistet, ist verständlich. Eine Änderung ist erst zu erwarten, wenn die Arbeiter sich so festgefügte Organisationen geschaffen haben, daß sie der Profitspirale der Unternehmer die Bedürfnisse des erwerbstätigen Volkes mit Nachdruck entgegenstellen können.

Papier-Industrie

Berndt'sche Wirtschaftsgedanken.

Das Geschrei der Unternehmer, daß Lohnabbau und Verkürzung der Arbeitszeit die Befreiung oder doch mindestens starke Verminderung der derzeitigen Wirtschaftskrisse für Deutschland herbeiführen könnten, kehrt in den alten abgedroschenen Tonarten in allen bürgerlichen Zeitungen und in der Fachpresse immer wieder. Es wird deshalb geradezu herzerfrischend, aus dem Lager der Unternehmer endlich einmal eine Stimme zu hören, die diese verhafteten Ideen nicht verkraft, vielmehr der gleichen Auffassung ist wie die gewerkschaftlichen Arbeitergesetzungen.

In der Nr. 20 der "Papierzeitung" (Jahrgang 1926) beschreibt sich ein „jünger Fachmann“ mit der Wirtschaftslage. Er weiß mit Recht darauf hin, daß die derzeitige Wirtschaftskrise keine ausgeprägte deutsche Krise sei, sondern den Charakter einer europäischen Wirtschaftskrise habe. Der verlorene Krieg, so besont er ganz richtig, ist nicht die einzige Ursache der Krise, obwohl infolgedessen die deutsche Wirtschaft die schlechteste Lage aufzuweisen hat. Die Wirtschaftslage der wichtigsten europäischen Staaten bietet ein ähnliches Bild. Der Verfasser hält unter Beibehaltung der derzeitigen Produktions- und Fakturionsmethoden den Preisabbau für unmöglich. Er wendet sich aber ebenso mit treffenden Worten gegen das Lohnobbaugesetz der Unternehmer und sagt:

„Die Löhne des deutschen Arbeiters stehen im richtigen Verhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung, sie dürfen nicht erhöht, als herabgesetzt werden. Würde der verlangte Abbau der Löhne vorgenommen, so bedeute das weitere Verarmung des arbeitenden Volkes und des handelnden Mittelpfandes und damit weitere Verminderung der Kaufkraft, also weitere Schwächung der Wirtschaft.“

Wie Recht weiß er die Frage auf: „Was müssen noch dem Fabrikanten die zur Prozent, die abgebaut werden?“ Er streift dann weiter die Möglichkeit eines Abbaues der Löhne durch Reduzierung der Steuern und der hohen Kreditzinsen und kommt zu der Auffassung, daß ein derartiger Abbau ungünstig sein würde und infolgedessen eine grundlegende Besserung der Wirtschaftslage kaum erzielt werden könnte. Seine Frage: „Welches ist nun der Weg der Besserung?“ beantwortet er folgendermaßen:

„Die Löhne des deutschen Arbeiters stehen im richtigen Verhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung, sie dürfen nicht erhöht, als herabgesetzt werden. Würde der verlangte Abbau der Löhne vorgenommen, so bedeute das weitere Verarmung des arbeitenden Volkes und des handelnden Mittelpfandes und damit weitere Verminderung der Kaufkraft, also weitere Schwächung der Wirtschaft.“

Die erzeugenden Kreise der Wirtschaft müssen mit ihren alten Grundlagen aufzutragen, einen neuen Herstellungszyklus einzulösen und dadurch eine neue Grundlage für den Verbrauch ihrer Erzeugnisse schaffen.“

Der Verfasser geht dann den weiteren Ursachen der Wirtschaftskrise nach und kommt zu folgenden Schlussfolgerungen:

Die Krise, die wir heute erleben, mußte kommen. Die deutsche Wirtschaft in ihrer heutigen Gestaltung ist kaum viel mehr als ein hohes Jahrhundert alt. Ihre Hauptaufschwung nahm sie in den letzten beiden Jahrzehnten des vorherigen Jahrhunderts. Der eigentliche Anlauf zu diesem Aufschwung war die Entwicklung der Kultivierung. Mit der weiteren Ausbreitung der Kultivierung in weniger kultivierten europäischen und außereuropäischen Ländern wuchs der Bedarf an Waren. In dieser Zeit hatte das Bestreben der Fabrikanten, die Löhne niedrig zu halten, um billig liefern zu können, einige Berechtigung, denn die Ware, die im Inland nicht abgesetzt wurde, konnte ins Ausland wandern. Wie in allen Dingen, mußte es aber auch hier einen Höhepunkt geben, und diesen haben wir leider schon lange erreicht, hätten wir auch erreicht, wenn Weltkrieg und Inflation nicht gekommen wären, allerdings dann nicht so schnell und verschärfend.“

Vom Standpunkt des Unternehmers mög die Niedrighaltung der Löhne in der Vorarbeitszeit einen Anschein der Berechtigung gehabt haben. Im Interesse der deutschen Volkswirtschaft ist dieses System sicherlich nicht. Das beweist besonders die Entwicklung in jenen Industrieländern, die von jeher den Grundzett hohen gelten lassen, daß durch möglichst hohe Konkurrenz der Hauptmarken der Produktion im Inland abgesetzt werden müsse, so daß nur die überzählige Produktion das Ausland absetzen zu werden braucht.

Der Verfasser weiß darum hin, daß die früheren Hauptabschläge der Produktion unsere Kaufkraft nicht nur erreicht, sondern

rechte Reaktionen haben. Sozialdemokraten haben diese Länder zur Eigenverantwortung verpflichtet, so daß wir auch in Zukunft nicht daran denken können, unsere alten Gewerkschaftsbündnisse voll zurückzufordern. Und Siebzehn weiß der Verfasser davon, bis, daß während der Kriegs- und Inflationzeit eine Vermeidung der Betriebe funktionieren habe und daß außerdem die älteren Betriebe bis wesentlich vorprüft habe. Nach seiner Aussicht besteht deshalb die Krankheit unserer Wirtschaft überzeugend bei Verlust ausländischer Absatzgebiete und Verminderung der industriellen Kapazität. Zur Lösung dieser Frage steht er nur zwei Wege. Entweder die Anpassung der Erzeugung an den Verbrauch oder die Reduzierung des Verbrauchs durch Verbilligung der Erzeugung und gleichzeitig Erhöhung der Kaufkraft.

Die Anpassung der Erzeugung an den Verbrauch stellt der Verfasser der Sozialisierung gleich. Dieser Sonder wäre ihm nicht passiert, wenn er sich Klarheit über den Begriff der Werte "sozial" und "Sozialisierung" verschafft hätte.

In logischer Fortpfanzung seiner Gedanken führt der Verfasser aus:

Vor allem also befürchten mit den alten Grundsätzen. Statt wie bisher die Ausfuhr als ausschlaggebend zu betrachten, sollte man vor allem auf Haltung des Industriebundes hinweisen, daß dort aber die Kaufkraft nicht vernachlässigen. Haltung des Industriebundes läßt sich aber nur durch Erhöhung der Kaufkraft erzielen. Deshalb sollte man dem nicht Waren erzeugenden Teil des Volkes soviel zu verdienen geben, daß jeder sich das Nötige anschaffen kann. Darüber hinaus muß wesentliche Verbilligung der Waren eintreten durch Einschlagen neuer Produktionswege. Durch bauende Modernisierung der technischen Hilfsmittel, Weglassen aller Arbeitsschwänge, bei denen die Kosten nicht mit der Ware in Einklang zu bringen sind, sowie aller anderen verhindern und nicht qualitätsfördernder Vorgänge in Betrieb und Verwaltung muß jeder Verbrauchsartikel als Massenartikel verkauft werden können. Also, umproduktion muß so weit gehen, daß z. B. kein Mensch mehr einen abgetrennten oder gar gefärbten Angug oder ausgezogenen und gesichtete Schuh anzutragen. Was verbraucht ist, muß erneuert werden, und wenn das möglich gemacht ist, dann muß auch die Wirtschaft mit einem gefundenen Rundlauf rechnen können. Der Fabrikarbeiter wird den Arbeiter nicht mehr als sein Arbeitgeber, sondern als den Verbraucher seiner Waren betrachten, und wird gewiß sein, daß der Verdienst wieder in seine Tasche zurückkommt. Alles in allem muß also die Krise unserer Wirtschaft durch Verbilligung der Waren überwinden und diese Verbilligung mit rein technischen Mitteln erreicht werden. Dies gilt auch für die außerdeutschen Industriebündner, und da wird es dann von der Hochwertigkeit der technischen Verbesserungen abhängen, welches Land ausführen kann oder nicht, vorangetreten, daß die jeweils maßgebenden Politikummen den Vorteil der technischen Überlegenheit nicht aufzuheben, und dann muß wohl in Zukunft in dem Maße gerechnet werden, wie die industrielle Entwicklung der früheren Einflussänder voranschreitet."

Was kann diesen Ausschreibungen als Gewerkschafter am großen und ganzen zustimmen, so z. B. daß die Produktion nicht durch Leiharbeit verbilligt, sondern im Gegenteil durch hohe Löhne, also durch hohe Kaufkraft, vermehrt und dadurch verbilligt werden soll, daß zur Verbilligung der Waren nicht eine übermäßig lange Arbeitszeit zur Anwendung kommen, sondern daß diese Verbilligung mit rein technischen Mitteln erreicht werden soll". Ein falscher Sangenklang ist es jedoch, wenn der Verfasser erklärt, daß der nicht Waren erzeugende Teil des Volkes" soviel verdienen muß, um sich das Nötigste anzuschaffen. Die Arbeitnehmerschaft rechne sich jedenfalls zum Waren erzeugenden Teil des deutschen Volkes, während manche Nationalen- und Kapitalisten mit der Warenherstellung selbst aber auch nicht das geringste zu tun haben, sondern in der Warenherstellung lediglich eine gute zinsbringende Anlage ihres Kapitals seien.

Wenn der Verfasser weiter erklärt, daß die von ihm propagierte Umwidmung der Wirtschaft eine starke Veränderung der am der Erzeugung beteiligten Firmen nach sich zieht, so können wir den Industriellen insoweit zustimmen, daß die verstaateten, den Produktionsprozeß bestimmenden und die Warenherstellung vertretenden Firmen auch unserer Hoffnung nach keine Erfolgserreichung mehr haben. Wir geben dem Verfasser auch ja, daß während des Konkurrenzprozesses auf längere Zeit ein Überschub an Arbeitskräften vorhanden sein würde, doch dürfte das gegenüber den Auswirkungen der leichten Wirtschaftskrise das kleinere Übel sein, wobei noch Umstellung der Wirtschaft immer noch erwogen werden kann, so durch eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit nicht gleichzeitig eine stärkere Beschäftigungsmöglichkeit der überschüssigen Arbeitskräfte herbeigeführt und damit gleichzeitig das Heer der konfusischen Konsumanten gefeiert werden kann.

Der Verfasser folgt zum Schlaf seiner Ausschreibungen hinzu, daß, wenn man sich noch lange in der bisherigen Weise mit den finanziellen Maßnahmen begnügt, die Wirtschaftskrisen in immer schwererer Art wiederkehren bis zur Katastrofe, die das Ende unserer Kultur bedeutet. Auch dieser Auffassung können wir uns anschließen, besonders dann, wenn die deutsche Wirtschaft endlich einfedern sollte, daß das Heil ihrer Zukunft nicht auf der grenzenlosen Ausdeutung der Arbeitnehmerschaft beruhe.

G. Stöhr.

Industrie des Steins und Eisen

Arbeitslosigkeit und Ausländer.

Mehr denn je werden dieses Jahr die Arbeitnehmer bestimmt um die Herauslassung von Italienern für die Ziegelteile. Der Ruf nach italienischen Facharbeitern könnte den Anschein erwecken, als ob der Facharbeiter bei uns immer weniger würden statt mehr. Die Sache ist so: Unsere Facharbeiter werden nach und nach aus den Ziegelerien hinausgesetzt und gehen für das Ziegelerhandwerk immer mehr verloren. Den "teutschen" Ziegelerbaronen ist es gar nicht um "Facharbeiter" zu tun, sondern lediglich um "Italiener". — In der Aktiengesellschaft Göggingen (Augsburg) war der Grundlohn in der Ziegelerie bis im Januar 1926 77 Pf. und ist vom Januar an auf 78 Pf. heraufgesetzt. Nun mußte der erste Facharbeiter anfangs für 70 Pf. und 15 Prozent Pfennigloge einfach für 68 Pf. am Ofen arbeiten. Hieron sollten nochmals 3 Pf. abgezogen werden; dagegen setzte sich der Kollege zur Wehr. Die Folge war am 27. Februar Enthaltung wegen Arbeitsmangels. Eine andere Ziegelerie, die bis jetzt als durchgehendes Werk gilt, wurde wieder Saisonziegelerie. Die Facharbeiter werden auch da nach und nach verloren gehen, und die Folge! Missstand, hilf! Das nennt man deutsche Auslandstrümpfe! Es wäre wirklich an der Zeit, daß die Landesarbeitsämter sich um die hier geschilderten Vorgänge kümmern.

Frauenfragen.

Die Arbeiterin und der Extrabetrag.

Die ungeheure Wirtschaftskrise bedingt eine finanzielle Schwächung der Gewerkschaften. Ungelernte Arbeiter und Arbeiterinnen sind in erhöhtem Maße Opfer solcher Krisen, sei es in Form von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit oder Krankheit. Daraus ist zu folgern, daß der Verband der Fabrikarbeiter in bezug auf seine finanzielle Lage um ehesten ungünstig durch derartige Krisen beeinflußt wird, zumal die Arbeitslosenunterstützungssätze unseres Verbandes einen Vergleich mit den übrigen freien Gewerkschaften aufzuhalten können. Die Auszahlung der Arbeitslosen-, Kurzarbeiter- und Krankenunterstützungssummen hat eine derartige Höhe

erreicht, daß der Kampfesherd unserer Gewerkschaften ernstlich gefährdet ist.

Die Leistung des Extrabetrages für die Mitglieder unseres Verbandes bedeutet deshalb Stärkung der Organisation im Interesse der Arbeiterschaft. Es ist unbedingt notwendig, daß sich auch die Arbeiterin dieser sozialistischen Pflicht nicht entzieht und den Extrabetrag in Höhe von 20 Pf. pro Woche als eine Selbstverständlichkeit betrachtet. Die gewerkschaftlich geschulte Arbeiterin entzieht sich nicht dieser von Hauptvorstand und Beirat nach reiflicher Überlegung getroffenen Maßnahme. Es gibt aber Arbeiterinnen, die nicht die notwendige Einsicht besitzen, den Beitrag abzuführen, ohne Schwierigkeiten zu machen. Diese Arbeiterinnen sei gesagt, daß nur die Solidarität, das Gemeinschaftsgefühl, uns über die Schwere der Zeit hinweghelfen kann. Wenn die Arbeiterin einwendet, daß es Sache des Staates sei, die Unterstützung der erwerbslosen Arbeiter und Arbeiterinnen so zu gestalten, daß dieselben ohne körperliche und seelische Schädigungen derartige Krisen überstehen können, so ist das ein stummer Wunsch. Der Vorstand unseres Verbandes hat an den Reichstag, an die Reichsregierung, an die Parlamente und Regierungen der Länder unter Hinweis auf die ungeheure Erwerbslosigkeit der Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen eine Eingabe gerichtet, die Arbeitslosenunterstützungssätze zu erhöhen sowie die Kurzarbeiterunterstützung wieder einzuführen. Nach vieler Dringen, auch von Seiten anderer Verbände und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, ist endlich die Kurzarbeiterunterstützung auf die Dauer von 6 Wochen für den einzelnen Kurzarbeiter wieder eingeführt.

Die Arbeiterschaft ist deshalb noch immer auf sich selbst und die gegenseitige Hilfe angewiesen. Die Arbeiterin, die sich in der glücklichen Lage befindet, noch voll zu arbeiten, soll deshalb gern den Extrabetrag zahlen; sie bekundet damit, daß sie den Ernst der Situation zu würdigen versteht. Gegenseitige Hilfe und gegenseitiges Vertrauen sind nicht nur die höchsten Tugenden der Arbeiterklasse, sondern auch die beste Waffe im Klassenkampf. Die Kolleginnen werden beweisen, daß sie in bezug auf Opferfreudigkeit den Kollegen nicht nachstehen.

Jenny Hammer.

Frauenarbeit und Entlohnung.

In der vorkapitalistischen Zeit lag der Frau die Tätigkeit in der Haus- und Landwirtschaft ob. Ihr Wirkungskreis erweiterte sich nach der Entstehung des Handwerks als selbständiger Beruf, weil nunmehr auch Lehrlinge und Gesellen zur Familie gehörten und sich dadurch der Haushalt vergrößerte.

Der Kapitalismus hat dann zunächst in der Haushirtschaft dadurch eine Revolution hervorgerufen, daß er der Frau einen Zweig der Haushalt nach dem andern entzog (Backen, Spinnen, Weben usw.), und ihm der Erwerbsarbeit überließ.

Durch die fortgeschrittene Umbildung des Produktionsprozesses wurden Meister und Gesellen zu Fabrikarbeitern. — Schon im Frühkapitalismus wurde auch die Frau nach und nach als niedrig qualifizierte Arbeitskraft in das Erwerbsleben gezogen und so in einen neuen Beruf gedrängt, wenn auch zunächst als Hilfskraft.

Das trifft heute aber nicht mehr zu. In der modernen kapitalistischen Wirtschaft gibt es qualifizierte und unqualifizierte Arbeiterinnen und Arbeiter. Aber ein Altersunterschied ist geblieben aus alter Zeit, da die Frau noch als minderwertig angesehen und behandelt wurde. So kann die Frau in irgendeinem Beruf die gleiche Leistungsfähigkeit besitzen wie der Mann, sie wird trotzdem niedriger bezahlt.

Dieser Unterschied der Entlohnung liegt zum Teil auch begründet in der schlechten Organisation und somit geringeren sozialen Macht der Frauen.

Aber auch die Einstellung der Männer zur Frauenarbeit ist von Bedeutung. — In der Zeit des Frühkapitalismus wurde die Frauenarbeit von den Männern überhaupt abgelehnt; weil sie in ihr berechtigterweise die Konkurrenz sahen.

Diese Konkurrenz anzuspalten gab es zwei Methoden. Die scheinbar einfachere war die gewaltsame Ausschaltung der Frauenarbeit, also ein Machtkampf um die Arbeitsplätze. Nachdem dieser Kampf nicht zum Siege führte, versuchte der Mann zunächst künstliche Grenzen zu ziehen zwischen Arbeitern, die von Frauen, und solchen, die von Männern geleistet werden sollten. Die Arbeitsteilung zwischen männlichen und weiblichen Berufen sollte die Konkurrenz abwenden.

Weil aber auch diese Methode nicht zum Siege führte, verlangt man heute für die Frau den gleichen Lohn bei gleicher Arbeit.

In der Praxis hat sich allerdings die Lohnaussetzung nach der sozialen Lage des Arbeiters eingebürgert. Ein lediger Arbeiter bekommt weniger Lohn als ein verheirateter, der wieder weniger als ein solcher mit einem Kind usw.

So sozial diese Satisfierung ist, wird sie von den Sozialisten und Gewerkschaften recht kritisch bewertet, weil sie von den Unternehmen missbraucht werden kann und wird. Es hat nämlich nur die Leistung des Arbeiters im Auge, wünscht für den niedrigen Lohn hohe Leistung und macht darum auch nach außen hin Propaganda für den Soziallohn. So wird aber durch die Praxis sehr oft das Umgekehrte erzielt, als die Idee des Soziallohnes verspricht. Ein reiner Soziallohn ist nur in einer klassenlosen Gesellschaft durchführbar.

Würde aber das Prinzip des Soziallohnes heute durchgesetzt, dann hätte der Unterschied zwischen Männer- und Frauenlohn auch noch keine Berechtigung, solange die Löhne der ledigen Frauen und ledigen Männer noch verschieden sind, wie es heute ist. Daraus ergibt sich, daß unabhängig von der sozialen Lage in der heutigen Wirtschaftsordnung die Tendenz besteht, die Frauenlöhne niedriger zu halten als die der Männer.

Ein Beispiel dafür, daß die Löhne sich nicht immer nach der Leistung richten, sondern nach der sozialen Macht. Die Lohnfrage ist eben nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine soziale Machtfrage.

Weil den Frauen wegen ihres schlechten Organisationsvermögens die soziale Macht fehlt, muß es die erste Aufgabe der Frauen sein, eine geöffnete, gute Organisation zu schaffen, um dann mit Erfolg kämpfen zu können für eine bessere Bezahlung der Frauenarbeit.

Organisiert und werbt in den Betrieben, eaf daß eine jede Frau Kämpferin werde!

Ehe Müller.

Frauenstrichale.

Der "Vormärz" brachte in seiner Nr. 112 vom 8. März 1926 folgende erschütternde Nachricht:

In der Pappendorf Rieger in Trostberg (Oberbayern) entstand heute morgen ein großer Brand, der sich schnell ausbreitete. Das ganze Trocknereigebäude wurde erfaßt, das Feuer stand in den dort eingelagerten 2550 Tonnen Pappe reiche Ladung. Leider sind im Brände vier Menschen zum Opfer gefallen. Aus den Trümmern konnte bisher nur die vollständig verbrannte Leiche einer Frau Gottweiter ausgegraben werden.

Als Kontrapunkt hierzu erschien "Heimat Volkszeichnungen" "Gedenkblatt einer 18-jährigen" in der Nr. 50 des "8-Uhr-Wochenblattes" vom 1. März 1926:

„Ich habe mir nach jeder Ballnacht Aufzeichnungen gemacht. Sie sind recht umfangreich, denn ich lieb keinen erreichbaren Ball aus, habe auf vielen Privatwällen und auf fast allen großen Bällen, die Volkssäten gleichen, gekant und ziehe man die Blätter dieser arbeitsamen Winter. Mindestens vier Nächte jeder Woche habe ich mit den neuesten Blues und Shynks ausgestellt.“

Da Ich mich von dem spanischen Granden durch alle Spannungs- und menschenfüllten Säle schleppen ging auf jeden dummen Ball ein, bis man soviel anstandshalber um 8 Uhr früh aus der Dunkelheit zurückkehrte.“

Ich habe meine Jugend zu Markt getragen, mich während vieler Nächte todmüde getanzt, eine Menge seidener Strümpfe und Tanzschuhe gepflegt und doch nur Mieten gezogen.“

Meine Ballerinnerungen haben etwas Deprimierendes, und ich frage mich, wieviel Winter muss ich noch diese Tanzbesitzungen vollbringen, bis ich den gefunden habe, der von Gefecht wegen meine Schnellrechnungen und das gesamte Vergnügungsamt begleicht.“

Beide Zeitungsausschreibungen kennzeichnen recht drastisch die beiden Reihen unserer gesellschaftlichen Weltordnung. Auf der einen Seite die Arbeiterin, die ihr Leben lang gezwungen ist, für einen Hungertypus täglich im Interesse des Kapitalismus zu schaffen, die die Familiennüsse neben der Ausdeutung im Interesse des Kapitalismus noch die schweren Familiensorgen und die Erziehung der Kinder auf sich nehmen muss, um dann eines Tages im Dienste des Kapitalismus grausamhaft ans Leben zu kommen und selbst wenn sie von diesem schändlichsten Schicksal verschont bleibt, im Alter vom Unternehmer auf die Straße gelegt zu werden und dann im Armenhaus oder mit der finanziellen Hilfe der Armenverwaltung ihre Lebensabend zu verbringen.

Die andere Seite der Medaille zeigt das Schlemmerleben der sogenannten Dame der Gesellschaft, die gleich einer Straßenlädiere nicht selten in Ballkassen durchläuft, ihre Schönheit soviel an, um endlich doch eine jener männlichen Drotznen der kapitalistischen Gesellschaft als künftigen Ernährer einzusangen, um dann gemeinsam mit diesem sohetten Schicksal verschont bleibt, im Alter vom Unternehmer auf die Straße gelegt zu werden und dann im Armenhaus oder mit der finanziellen Hilfe ihrer Gewerkschaften und politischen Arbeiterorganisationen.“

G. Stöhr.

Internationale Arbeiterbewegung.

Verspätete Auszahlung der Arbeitslöhne in der Sowjetunion.

Der Centralausschuß der Gewerkschaftsverbände der Sowjetunion hat sich, wie die "Sowjetische" berichtet, an das Präsidium des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees mit einem Memorandum über die verspätete Auszahlung der Arbeitslöhne in der Proutine gewandt. In dem Memorandum wird festgestellt, daß in einer ganzen Reihe von Unternehmen die örtlichen Arbeiter und Angestellten 3 bis 4 Monate auf ihre Entlohnung warten müssen.

(Sowjetija Nr. 36 vom 13. Februar)

Ein boschewistischer Fabrikdirektor.

Unter der Überschrift "Vor dem Direktor zu stehen, versteht Sie nicht", berichtet der "Trud" aus Odessa:

Genosse Oleinikow ist ein alter Arbeiter. Während seiner 40jährigen Arbeitstätigkeit (etwa 30 Jahre ist erätig) ist er in vielen Fabriken gewesen und hat viele Besitzer und Besitzerinnen kennengelernt. Oleinikow war nicht recht beliebt, weil er nicht still zu stehen verstand.

Dieses war allerdings vor der Revolution. Oleinikow hatte es bereit vergessen. In diesen Tagen wurde ihm dieses wieder ins Gedächtnis gerufen.

Er war im Arbeitszimmer des Direktors der Sägemühle des Genossen Dreijan gekommen, um letzteren zu bitten, ihm die Überstände zu vergütten. Der Direktor sah ihn an und brüllte los:

Was soll man Sie bezahlen, wenn Sie es nicht verstehen, vor dem Direktor zu stehen? Sieht man denn so, befinden Sie sich auf einem Jahrmarkt, was? Zuerst muß man auslernen, wie ein Mensch zu stehen, und dann...

Genosse Oleinikow verlor die Fassung und wollte ausruhen. Verzettelung. Euer Hochwohlgeboren", jedoch war seine Sprache wie gelähmt. Erst auf dem Hof kam er zur Besinnung. Es muß bemerkt werden, daß eine derartige Behandlung der Arbeiter seitens des Genossen Dreijan schon zum System geworden ist. Er verzweigte sogar den Vertretern der zaristischen Fabriken den Zutritt zur Fabrik, wodurch sie sich beim Verbande und dem Parteikomitee beschwert haben.“

Arbeitslöhne und Arbeitsleistung in der Sowjetunion.

In der Petersburger Industrie wird darüber geklagt, daß bei steigenden Arbeitslöhnen ein Rückgang in der Produktivität des einzelnen Arbeiters zu bemerken ist. In der Metallindustrie z. B. kostet die Produktion eines Arbeiters pro Tag im September 13,87 Rubel, im Dezember dagegen nur noch 11,57 Rubel. In der gleichen Zeit, das heißt vom September bis Dezember, sind die Arbeitslöhne über um 14 Prozent gestiegen.

("Economisches Blatt" Nr. 42 vom 20. Februar)

Genossenschaftsbewegung.

Partei oder Genossenschaft?

Die Kommunistische Partei hat für die Tätigkeit ihrer Anhänger in den Konsumgenossenschaften neue Richtlinien herausgegeben, die eine Kürzung von Besitzöfen gegen das Genossenschaftsgesetz, gegen die Säumigkeiten des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften, seiner Rechtsverbindlichkeiten und der einzelnen Konsumgenossenschaften darstellen. Die Konsumgenossenschaftliche Rundschau" Nr. 9 vom 27. Februar 1926 erwidert die entscheidenden Bestimmungen jener Richtlinien und Anweisungen, um endlich ihrerseits die Entscheidungen zu treffen, die sich aus der etwaigen Befolgung der kommunistischen Anweisungen ergeben. Insolitach teilte die Konsumgenossenschaftliche Rundschau", also das Organ des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und der Großeinheitsgesellschaft Deutscher Konsumvereine n. d. S., auch noch mit, was in Falle einer solchen Befolgung angedeuteter Gesetz- und Schutzmaßnahmen zu geschehen hat. Dazu wird versichert, daß nach entsprechend verfahren werden wird.

Soziale Verbesserung der Konsumvereine.

Der Konsumverein "Vormärz" für Dresden und Umgegend leistete im laufenden Geschäftsjahr besondere soziale Hilfe durch Beihilfen an gemeinnützige Organisationen, Unterstützung erwerbstätiger Mitglieder, für Brotdasein und

schafft werden. Ganz dem I. März & 3. April Arbeiterschwerpunktunterstützung nur noch Erwerbslosen bewilligt werden, deren Arbeitsbeschaffungsnot so gering, auch rechtlich, gelöst ist. Insbesondere nach der Arbeitgeber können die Arbeitspapiere aufgehoben haben. Das hindert nicht, daß der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer gegenüber die moralische und rechtliche Verpflichtung übernimmt, ihn bei Belebung der Wirtschaftskrise bevorzugt wieder einzustellen und ihm den Genuss der Vergütungen zu erhalten, die durch längere Tauglichkeit zum Betriebe erworben werden (Urlaub, Pensionsantrichtung usw.). Der Ausfall ganzer Arbeitsmärkte steht dem Ausfall aller Arbeitsmärkte gleich. Die Voraussetzung, daß vor Arbeitslose ausgeschlossen sein müssen, ist nicht erfüllt, somit auf einen Arbeitsplatz weniger als ein Sachziel der gewöhnlichen Wochenarbeitszeit entfällt. Fällt jedoch der Sonnabend aus, so gilt es auch dann als vorher Arbeitsplatz, wenn für ihn regelmäßig eine letztere Arbeitszeit festgesetzt ist.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Bangewerksbund und Industrieorganisation.

Am 12. März trafen die Delegierten des Deutschen Bangewerksbundes in Berlin zu einem außerordentlichen Bundesitag zusammen. Neben der Erledigung anderer wichtiger Angelegenheiten und Annahme verschiedener Resolutionen gab der Bundesitag seine einstätige Zustimmung zu der folgenden Entschließung zur Industrieorganisation:

Der außerordentliche Bundesitag betont sich erneut zu der Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller am Bau tätigen Gewerkschaften in eine einheitliche Organisation. Er erinnert alle Bundesmitglieder zu ihrer Pflicht, unter den sofort in Betracht kommenden Arbeitern zu werben, damit sie für diesen Gedanken gewonnen werden.

Der Beschluß des Preußischen Gewerkschaftskongresses zu der Frage der Industrieverbände entspricht nicht völlig den Wünschen des Bangewerksbundes. Dennoch bedeutet der Beschluß des Preußischen Kongresses einen bemerkenswerten Fortschritt, denn er verpflichtet alle bangewerblichen Verbände, den Zusammenschluß zur Industrieorganisation zu fördern. Vom Vorstand des ADGB erwartet der außerordentliche Bundesitag, daß er unter den bestätigten Verbänden bestrebt für die Verwirklichung dieses Beschlusses wirkt."

Berichte aus den Zahlstellen.

Ergebnis. Eines Nachts erlebte die Werkgemeinschaft der Firma Hopp & Schmidt, Papierfabrik in Hamm, bei der Belegschaftsmehrheit am 12. März d. J. Durch Terror und Verbrechungen war es der Firma gelungen, die Gewerkschaften im Betrieb zu brechen. Jeder Betriebsteil, der sein Recht hatte, wurde entlassen, oder — ganz Männer befürchtet, am 1. Mai vor drei Jahren sahene die Arbeitser, darauf wurde die Fabrik geschlossen. Ein förmliches Spionagesystem wurde eingesetzt und dann kam die Gründung einer Werkgemeinschaft. Es länden sich eine ganze Menge Leute, die Druck am Stecken hatten, abgedankt Kommunisten, sozialistische Handlanger und Drückeberger bei der Arbeit, entzweierte Gewerkschafter und dann jene, die nie gern Betriebe zählten usw. Damit Schwung in die Kolonne kam, gab es Kinderarbeiter, Weinhändler, Lernende, Vergnügungen mit Freibier und Freizeit. Der Betrieb wuchs und blühte, aber bis zuletzt arbeiteten die Funktionäre des Verbandes. Aber die Wahlen der Vergangenheit soll nicht gerechtfertigt werden, aber die leichte Wahl brachte noch größere Überzeugungen als die im Jahre 1925. Um den Boden sträubbar zu machen, und zunächst ein Vergnügen der Fabrikarbeiter statt. Herr Dr. Hopp war persönlich zur Stelle, das Bier und die Hochzeiter kein Ende, bis endlich ein sündiger Kopf den Schnaps aus einem entsetzlichen Münzmaschine herausnahm. Am Sonntag vor der Wahl war noch ein Vergnügen, und zwar diesmal für alle. Natürlich war Herr Direktor Hopp zur Stelle, er kam in den Saal auf einem kleinen Kellerrücken gefahren, die Musik brachte einen Tanz und eine Zusage hielt die Ansprüche. Herr Hopp verließ sich für den Abend die Arme der Direktor, nachdem mit allen Brüderlichkeit und bezog die Frau Bier. Darauf verteilte er an die Frauen Geschenke und warf 50 Zigaretten in den Saal. Nun kann die Wahl kommen, damit die Werkgemeinschaft. Der Fabrikarbeiter verlor leicht antrieben im selben. Um Abend vor der Wahl wurden Flugblätter verteilt, eine Verkündung abgedankt und am anderen Tage begann früh am 6 Uhr die Wahl. In einer Eingabe an das Arbeitsministerium hat Dr. Hopp angegeben, daß seine Werkgemeinschaft 470 Mitglieder hätte und sei hinter ihm stände (bei Vergangen und Freuden) und die Gewerkschaften in seinem Betrieb kaum 100 Mitglieder zählen. Bis am Abend des 12. März die Stimmen gezählt wurden, stellte sich heraus, daß die Werkgemeinschaft mit den angeblichen 470 Mitgliedern ganze 128 Stimmen, die Gewerkschaftsstimme aber 415 Stimmen erhalten hatte. Die ganze Arbeiterchaft freute sich über das Ergebnis und wird jetzt erst recht alles daran setzen, damit es mit der Werkgemeinschaft hopp hopp geht. Herr Hopp war schlechter Laune. Dies ist für denken, die Roben fürs halbe Gelb, das Bier, umfangreich Schule, Apfelsinen, Darlehen, alles, alles konnte den Sieg des Fabrikarbeiterverbandes nicht aufhalten. Jetzt aber soll an die Arbeit, die leichte Frau und der leichte Mann muß in die Morgen unseres Verbandes kommen. Der Auftrag ist gemacht.

Mehr. In der gut besuchten Jahres-Kreisversammlung die am 14. März in Köln tagte, eröffnete der Geschäftsführer Winkel den Sitzungsvertretung. Die Einnahmen der Haupt- und Lokalkasse haben gegenüber dem vorherigen Jahr eine Steigerung erfahren. Der gesamte Markenwert betrug 153 617,20 Mk. Arbeitshilfe waren 731. Der Lokalkassenbestand beträgt gegenwärtig 195,58 Mk. Der Mitgliederbestand beträgt 452 Mitglieder.

Für die Sozialversicherungen im Jahre 1925 referierte der Kollege Richard Krämer. 31,2 Prozent der beläufigen Kollegen sind organisiert. Unser Wirtschaftsgebiet umfaßt 78 Betriebe, für die unsere Organisation zuständig ist. Der Zeitraum für die 13 verschiedenen Industrien ist dem Berichterstatter. Unter diese Betriebe fallen 504 Betriebsteile. Von den laufenden Tarifverträgen wurden in Betriebspunkt alle 16 insgesamt 4 mal eingesetzt. Die Arbeitszeit ist in allen Betrieben durch ein besonderes Arbeitszeitabkommen geregelt. Sie beträgt in den meisten Betrieben 48 Stunden. In nur wenigen Betrieben ist die Arbeitszeit auf 54 Stunden festgelegt. In denjenigen Betrieben, wo eine geschlossene Organisation vorbereitet ist, wurde der Tarifvertrag nicht überstreiten.

Zur Durchführung der Tarifverträge wurden in 26 Fällen die einzelnen Sozialversicherungen, in 18 Fällen die Bezirksdirektionen und in 10 Fällen die zentralen Sozialversicherungen angewiesen. In zwei Fällen kam es zu streiten Räten, die durch Eingriff der Regierung beigebracht wurden.

Die Gewerkschaften Mainz, Wiesbaden und Biebrich wurden in 29 Fällen zur Erfüllung von Ereignissen aus dem Arbeitsverhältnis eingesetzt.

Die Mitglieder verstehen sich auf 97 Orte. Der organisatorische Aufbau der Gewerkschaften besteht aus 195 Orts- und Bezirksvereinssäulen, von denen 56 mehr als hierarchischer Art sind. Die Generalsektion besteht aus 42 gewählten Delegierten und der eigene Vorstand aus sieben Delegierten und vier beauftragten Vertretern.

Über die Arbeit wurde niedergeschrieben und der Kollege Behn ein Beitrag dazu. Sehr seit Kollege Seegerer vom Gewerkschaftstag einen Vortrag über "Wirtschaftskrisen und Gewerkschaften". Der Redner sprach es wortreich, die Methoden der Wirtschaftskrisen und das

wirtschaftswissenschaftliche Auseinandersetzung. Es wurde der Wunsch ausgesprochen über betartige Vorläufe zu hören.

Stuttgart. In der in Mannheim tagenden Jahrestagerversammlung gab der Kollege Ischille den Geschäftsbericht. Die Löhnkosten im Laufe des Jahres wesentlich erhöht werden. Unter Ausnutzung der Wirtschaftskrise sind am Schlusse des Jahres die Arbeitgeber allerdings dazu übergegangen, die Lohnsätze und teilweise auch die Mantelverträge in kündigen. Geplante Lohnabbau, Abbau des Urlaubs usw. sind die Gründe für diese Kündigungen. Einstimmig angenommen wurde eine Entschließung, in der unter anderem gesagt wird: Die Gewerkschaften müssen es als ihre nächste und wichtigste Aufgabe betrachten, Forderungen an Reich, Länder und Kommunen zu stellen, um die durchbaren Aussichten dieser Art zu sichern. Da dem ADGB angehörigen Organisationen werden aufgesetzt, sich mit allem Nachdruck für die Durchführung der nachstehenden Forderungen einzusetzen: 1. Nochmalige anstrechende Erhöhung der Höhe der Erwerbslosenunterstützung; 2. Aufhebung jeder Beschränkung in der Unterstützungsmauer, auch für Arbeitnehmer, die in der Industrie der Steine und Erden beschäftigt sind; 3. Streichung der Bestimmungen, die eine Bedürftigkeitsprüfung vorschreiben; 4. Säumige Angriffsunterstützung in ausreichendem Maße; 5. Sofortige Inanspruchnahme aller Arbeiten, die in den Staats des Reichs, der Länder und Gemeinden für das Jahr 1928 vorgesehen sind.

In einer zweiten Entschließung drückt die Generalversammlung ihre Forderung darüber aus, daß die Vereinigungen des ADGB, die Arbeiterparteien zur Schaffung eines einheitlichen Gesellschaftswesens zur Enteignung der Güter zu veranlassen, von Erfolg gekrönt waren. — Kollege Wagner stellte unter Zustimmung aller Anwesenden den sozialen, von kollegalem Geiste getragenen Verlauf der Versammlung fest und schloß diese mit einem Appell zu rechter Mitarbeit.

Wernigerode. Über ein Jahr erwerbslos und doch nicht arbeitslos. Ja, so etwas gibt es bei uns. Auf einen Antrag unserer Unterklasse um Stundung oder Niedrigschaltung der Haushaltsschulden erhielt dieser vom Magistrat der Stadt Wernigerode folgendes Schreiben:

Irem. Antrag vom 8. d. M. um Stundung der Grundstücks- und Haushaltsschulden, auch zur Infowelt, als sie auf Ihre eigene Wohnung entfallen, vermögen wir nicht stützen zu können. Es verbleibt bei unserem Bescheide vom 31. Dezember v. J. — Lfd. Nr. 1995 Std. — Die von unserer Stadthauptkasse, Steuererhebelle, vorgenommene Prüfung der Mieten zur Deckung der rückständigen Steuern muß solange aufrecht erhalten bleiben, bis der gesamte Rückstand bezahlt ist. Ihre Verhältnisse können wir noch eingehender Prüfung nicht als die eines Erwerbslosen ansehen, die eine Stundung der anteiligen Steuern bedingen. Sie sind als Kassierer des Fabrikarbeiterverbandes tätig und Ihre Chefin steht bei den Elbers-Werken in Beschäftigung.

ges. Dr. Opel.

Vorlesung:

ges. Schäffer.

Wirtschafts-Oberdirektor.

Der Auftragster ist seit Anfang Januar 1924 ohne jedes Arbeitserfordernis. Hier die Einnahme und Ausgabe dieser Kollegen im Monat:

Cinnaheim	Ausgabe:
Für Einkassierer	15 M Hauszinssteuer 18,15 M
Aufwartungsst. d. Chefron 12 M Zinsen 32,50 M	
Einnahme d. Mieten	27 M Zeitung 2,20 M
	54 M 52,85 M

Diese Verteilung schließt mit einem plus von 1,15 M. ab. Wo bleibt der Lebensunterhalt? Kann der Magistrat der Stadt Wernigerode, insbesondere Herr Oberbürgermeister Dr. Opel, sich in die verweifelte Lage des Arbeitslosen hineinversetzen? Also, weil der Auftragsteller Unterklasse für den Fabrikarbeiterverband und seine Frau eine Auswarterstelle innehat und hierdurch monatlich 27 M. verdient, sonst aber nur per Zeit keinen Penny. Einnahme mehr hat, wird nicht einmal die gesetzlich zulässige Stundung der Haushaltsschulden stattgegeben. Noch viel knapper geht der Magistrat vor. Indem er den Jetz der Ortsverwaltungsstelle gestandenes Mietzins gefordert. Man denkt ferner: seit Anfang Januar 1924 ist der Auftragsteller erwerbslos; trotz eifriger Bemühungen gelingt es ihm nicht wieder ein festes Arbeitsverhältnis zu bekommen, und dazu schreibt der Magistrat: Ihre Verhältnisse können wir nach eingehender Prüfung nicht als die eines Erwerbslosen ansehen."

Rundschau.

Wer erträgt die gelben Bonzen?

Die Deutsche Werkgemeinschaft, das Organ der Werkvereinheit in Berlin, polemisierte in der Nr. 12 vom 21. März 1926 gegen die "Bergarbeiter-Zeitung". Zu der Bemerkung der "Bergarbeiter-Zeitung", daß die Arbeiter starke gewerkschaftliche Organisationen brauchen, schreibt die Redaktion der Werkvereinszeitung: „um die Gewerkschaftsbonzen mitzutragen“. Aus diesem Satz darf man wohl den Schluss ziehen, daß die gelben Bonzen nicht von den Beträgen der Mitglieder zeihen. Wer erträgt denn nun die gelben Bonzen?

Industriekrise.

Die Industrie hat in Essen gefragt. Dorf haben sie den Beweis erbracht, daß sie nichts gelernt und alles vergessen haben. Vergessen die Versprechungen während des Krieges, vergessen die Stunden, wo ihre Macht kläglich zusammengedrohten war, vergessen die Zeit, wo sie keinen dringendsten Wunsch hatten, als von den Organisationen der Arbeitnehmer in eine Arbeitsgemeinschaft aufgenommen zu werden.

Sie fühlen sich wieder, und so treffen sie nun ein — weil das was einbringt — für Abbau der Sozialpolitik.

3. B. der Erwerbslosenfürsorge, damit der Anteil zur Arbeitszeit gegeben sei; d. h. bei Betriebsstilllegungen und Aussperrungen können wir „edle Herren“ diese Protesten besser zähmen. (Anteil heißt in diesem Falle richtig überstellt hunger.) Selbstverständlich wollen sie den Löhnabbau fordern, damit sich der Geldsack füllt und die Arbeiter bereit sind, länger zu arbeiten. Wozu wären denn die Industrieunternehmer auf der Welt, wenn nicht andere für sie arbeiten sollten. Uralte brauchen diese Hungerleiber auch nicht, es genügt, wenn wir, die „Herren“, spazieren gehen, uns auf Sportplätze und in Kurorten herumtreiben. Mit der Sozialgefechtgefecht kann kein anständiger Unternehmer sich einverstanden erklären. Es mag gestattet sein, daß „brave“ Arbeiter auch unter Tariflohn arbeiten. Staff der Gewerkschaften wünschen die „Herren“ Betriebsgemeinschaften, d. h. gelbe Werkvereine. Es wird manches anders kommen, als die Industrieunternehmer es wünschen und erhoffen.

Elektrische Kontrolle.

Die an Fabrikaten in den letzten Jahren eingerichtete Kontrolle, die, um Menschen zu verbauen, teilweise mit einer körper-

lichen Untersuchung verbunden war, soll nun mehr ebenfalls durch Maschinen und Apparate erfolgen. Einem Kollegier, Pöhlke, gelang die Erfindung eines Apparates, der durch elektrische Übertragung angezeigt, ob der das Werkzeug oder verschleißende Werkstück bei sich trägt. Wir nähern uns mehr und mehr amerikanischen Methoden in der Kontrolle des Arbeiters.

Bei Reisen nach Holland ein Paß erforderlich.

Durch das Abkommen mit den Niederlanden über die Aufhebung des Sichtvermerkzwanges ist für Reisen von und nach Holland nach wie vor ein Paß erforderlich, der für Reichsangehörige von der deutschen Polizei ausgestellt wird.

Das Volum ist wegfallen und das bedeutet eine wesentliche Erleichterung für den Verkehr.

Verbandsnachrichten.

Michael Greppmair.

Dem Kollegen Greppmair, Mitglied der Zahlstelle München, wurde sein Mitgliedsbuch gestohlen; Buch Nr. 8 306 429. Greppmair ist geboren am 1. Januar 1872, zu uns übergetreten am 2. Mai 1921. Das Buch ist bei Vorzüglich abzurechnen und an den Hauptvorstand einzusenden. Der Vorzücher dieses Buches ist polizeilich festzustellen.

Georg Erdthel.

Das auf diesen Namen lautende Buch Nr. 8 II 574 851 ist in Schreib gestohlen. Erdthel ist zu uns übergetreten am 1. Januar 1914. Bei Vorzüglich des Buches ist zu versetzen wie im vorangegangenen Fall.

Befreiung Unfreie.

Der ehemalige Geschäftsführer unserer Zahlstelle Straubing Otto Söldner wurde am 17. März vom Landgericht Straubing wegen Veruntreuung von Verbandsgeldern zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafe ist hart, aber nicht so hart. In Anbetracht dessen, daß die veruntreute Summe von den Arbeitskollegen aufgebracht werden mußte.

Geschäftsberichte der Zahlstellen.

Die Entwicklung des Gaues 4 schreibt:

Wir haben vor dem Kriege von jeder Zahlstelle, die eigene Geschäftsberichte herausgebracht, je ein Exemplar erhalten. Heute bekommen wir fast gar keine Berichte mehr, trotzdem besteht, daß verschiedene Zahlstellen die Berichte hergestellt und veröffentlicht haben.

Es bedarf wohl nur dieses Hinweises, um die in Betracht kommenden Zahlstellen zu veranlassen, sowohl ihrer Entwicklung wie auch dem Staatlichen Dritten dem Hauptvorstand je ein Exemplar des Geschäfts- und Jahresberichtes zu senden.

Literarisches.

Das perspektivische Drama. Eine Reise des Humors von R. Schröder. 312 Seiten. 1.—10. Tafeln. Verlag: Die Gedächtniss von F. Koch (Gotha). Preis gebunden 4 M. Maj. Hesse Verlag, Berlin W. 15. Das Buch ist von unerhörter Wolligkeit und wird wohl deswegen seinen Titel erhalten. Sein Inhalt ist so diebstahlhaft, daß selbst ein Thomaeon sich nicht so schnell anpassen kann und eben platz machen muß. Alles wirkt durchdringend. An jedem historischen Personenkabinett und der neuesten Zeit. Witz, Scherzfragen, Jägerlaube, mathematische Scherze, Rätsel, Kalauer, Wortspiele, Karikaturkunst, verdächtige Gesellschaftsspiele usw. Es ist gar nicht möglich, den Inhalt in wenigen Zeilen auch nur anzudeuten. Dabei ein feines Buch, das auf abgeschmackte Geschichten verzichtet und trotzdem die größte Wirkung an hemmungsloser Fröhlichkeit erzielt.

Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik. Berlin 1926. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Preis 1 M. Organisationspreis 75 Pf. Das Wirtschaftsprogramm der deutschen Gewerkschaften, das als Dokumentation des Spitzenverbands gegen die Denkschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände von sich reden macht, verjüngt den Zweck, allen für die deutsche Wirtschaft und deutsche Politik verantwortlichen Stellen Wege zu weisen, auf denen die Bekämpfung der deutschen Wirtschaft beschleunigt und gefördert werden kann.

Hans Otto Henel: Thron und Altar ohne Schminke. Freidenker-Verlag. G. m. b. H. Leipzig-Lindenau, Röderstraße 13. Kartonierte 1,50 M., gebildet in Halbdicken gebunden 2 M. Die Geschichte als Lehrmeisterin ist auf dem Wege zum Fortschritte nicht zu entbehren. Nur möchten zwar viele sich geschichtliche Kenntnisse aneignen, sind aber wegen Zeit- und Geldmangels nicht in der Lage, sich aus dickselbigem Lehrmeisterin über die Vergangenheit solche Meinungen zu bilden, die aufzuhängend für die Zukunft zu verwenden wären. Für diese hat Henel in seinen 24 historischen Selbst- und Charakterbildern den richtigen Weg gewiesen. Aus den letzten dreihundert Jahren hat er eine Anzahl von Personen oder Ereignissen herausgegriffen, die für ihre Zeit besonders charakteristisch waren. Der Wert des Buches wird erhöht durch die Beilage jüngstesischer Bilder, unter denen sich einige bisher selten dargestellte Spottbilder befinden. Für die Meinungsbildung im Streit um die Fürstenabfindung stellt das Buch ein vorzügliches Material dar.

Jugend-Führer. Mitteilungen für die Leiter der Jugendabteilungen in den Gewerkschaften. Nr. 3, März 1926. Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die März-Nummer stellt im Zusammenhang mit den allgemeinen Jugendschaffungen die Frage des hauswirtschaftlichen Jahres für die Mädchen und die der Erhöhung des Kinderbuchhalters für die gesamte Jugend zur grundsätzlichen Förderung. Angesichts der trostlosen Lage auf dem Arbeitsmarkt erscheint die Behandlung dieses Gebiets als zeitgemäß. Ferner enthält das Heft Abhandlungen über die Stellung der Jugend in der Gesellschaft, Berufsbildung, Bildungswesen, organisatorische Fragen, sowie Berichte aus der praktischen Arbeit.

Lachen links. Republikanisches Wochblatt.